

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

JAHR DER LIQUIDATIONEN

Dezember 1975: ein Jahr ist zu Ende gegangen, das äusserlich ohne grosse dramatische Höhepunkte geblieben ist. Sucht man die Geschehnisse der vergangenen zwölf Monate unter einem Stichwort zu subsumieren, dann wird man es wohl das Jahr der grossen politischen Liquidationen nennen können. Ereignisse, für welche lange zuvor schon die Weichen gestellt worden waren, vollendeten sich, agonisierende Epochen erlebten ihren Abschluss.

In grosser historischer Perspektive gesehen, trifft dies zunächst zu für *Afrika*. Mit dem Rückzug Portugals aus Angola und der Proklamation der Unabhängigkeit dieses «Überseegebietes» im November wurde der Schlussstrich unter eine mehrhundertjährige Kolonialgeschichte gezogen. Symbolhaft mutet es an, dass gerade das Land, dessen kühne Seefahrer zu Ausgang des Mittelalters als erste mit Feuer und Schwert, aber auch mit missionarischem und zivilisatorischem Eifer die europäische Herrschaft über die Meere getragen hatten, als letztes seine Fahne einholte. Der «lusitanische Popanz» verschwindet von der Bühne der internationalen Politik.

In Spanien setzte der *Tod General Francos* die entscheidende Zäsur. Fast vierzig Jahre lang hatte der «Caudillo» der Geschichte seines Landes die Prägung gegeben. Einer Versteinerung gleich ragten er und sein Regime als letzter Überrest der längst versunkenen Ära totalitärer Herrschaft faschistischen

und nationalsozialistischen Gepräges in unsere Tage hinein. Der Mann, einst von Hitler und Mussolini an die Macht gebracht, der mit zäher Beharrlichkeit seinen eigenen Kurs gesteuert hatte und dem Schicksal seiner abenteuernden Gesinnungsgenossen in Deutschland und Italien dank taktischer Klugheit entgangen war, nimmt auch die Erinnerung an einen der blutigsten Bürgerkriege seines Landes mit sich ins Grab.

Eine Liquidation hat das Jahr 1975 auch in *Südostasien* gebracht. In Kambodscha und Vietnam sind im April und Mai die letzten Positionen des Westens zusammengebrochen. Was im Januar 1973 mit dem Waffenstillstand von Paris eingeleitet worden war, vollendete sich nun in letzter Konsequenz. Vietnam und Kambodscha verschwinden hinter dem dichten Schleier einer revolutionären Herrschaft eigenen Gepräges. Ein unheilvoller dreissigjähriger Krieg ist zu Ende gegangen; er hat einem Frieden Platz gemacht, von dem niemand weiss, welche neuen Formen er dem gepeinigten Land auferlegen wird.

Jedes Ende ist zugleich auch ein Neubeginn. Die Impulse, welche vom Abschluss des Vietnamkonfliktes ausgehen, werden ohne Zweifel kraftvoll und noch lange spürbar sein, in der unmittelbaren Region Südostasiens wie in der Innenpolitik der USA und in den Beziehungen Washingtons zu den andern Mächten. Aber auch das *iberische Drama*, das in Portugal mit wechselnden Komparsen vor sich rasch wan-

delnden Kulissen abrollt und das in Spanien einen Parallelkonflikt zu erhalten droht, wird Europa und die Welt in den kommenden Monaten in steigendem Masse beschäftigen. Erst wenige Jahre sind vergangen, seit man eine «Faschisierung» der europäischen Südfanke befürchtete – heute droht von dort her im Gegenteil ein Einbruch radikaler Regimes anderer Couleur.

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine weitere «Liquidation» dieses Jahres besonderes Profil – die KSZE-Verhandlungen von *Helsinki*, die von der Sowjetunion und ihren «sozialistischen Bruderländern» als eigentlicher Schlussakt des Zweiten Weltkrieges und Beginn einer neuen Epoche friedlicher Zusammenarbeit etikettiert wurden. Die paar Monate, die seit dem spektaku-

lären Zeremoniell in der finnischen Hauptstadt verstrichen sind, lassen zwar noch keine endgültige Wertung der dort gutgeheissenen Abmachungen zu. Niemand aber, der sich den Sinn für Proportionen und Realitäten gewahrt hat, wird angesichts der Dehnbarkeit der Begriffe glauben, dass in Helsinki neue bedeutsame Wegmarken für eine künftige friedliche Entwicklung gesetzt worden und alle jene Spannungen und Interessenkonflikte, die Europa und die Welt in Atem halten, auf die Bahn eines vernünftigen Ausgleichs verwiesen worden sind. In dieser Hinsicht laufen die Linien, über die Ereignisse von 1975 hinaus, ungebrochen in die Zukunft weiter.

Alfred Cattani

VIEL LÄRM UM NICHTS?

Nach den eidgenössischen Herbstwahlen ging ein Rauschen durch den helvetischen Blätter- und Antennenwald. Man sprach von neuen Möglichkeiten eidgenössischer Koalitionspolitik. Man sprach von der Notwendigkeit breit abgestützter Legislaturziele der Bundesratsparteien. Man sprach von gefährdeten Bundesräten und neuen Anwärtern. Doch das Ergebnis bestand letzten Endes darin, dass der kreisende Berg nicht einmal eine Maus gebar.

Die sich dramatisch ankündenden Ausmarchungen um ein Minimalprogramm der Regierungsparteien mit dem Halbzeitpaukenschlag prononcierter Forderungen der Sozialdemokraten platzten schliesslich in jener langerprobten freundeidgenössischen Konkordanzmanier, die es der «dynamischen

Linken» wie der «dynamischen Mitte» erlaubten, das Gesicht zu wahren und den mehr oder weniger spontanen Anfall von einem politischen Extremalpinismus völlig schadlos zu überstehen. Und die Bundesratswahlen vom 10. Dezember, die zunächst ein eidgenössisches Spektakulum erster Güte verhiessen, verliefen freundlicher denn je. Selbst die schlechtest kotierten Wahlergebnisse der beiden welschen Magistraten lagen noch deutlich über den hintern Rängen früherer Wahlen. Und der vorübergehend als abschlussverdächtig erscheinende Militärminister sah sich schliesslich brüderlich eingerahmt von den Herren Ritschard, Brugger und Hürlimann, die mehr Stimmen machten, und von den Herren Furgler, Chevallaz und Graber, die et-

was weniger gut abschnitten als er. Die Grenzwerte lauteten dabei auf 213 resp. 177 Stimmen, was einen Schwenkbereich von nur gerade 14% ausmacht, wenn man von der Gesamtzahl der wahlberechtigten Parlamentarier ausgeht.

Viel Lärm um nichts also? Oder wie es der eloquente Basler Volksvertreter Peter Dürrenmatt ausgedrückt hat: Weiterziehen der Karawane unter Zurücklassen der bellenden Hunde? Solche auf der Hand liegenden Formulierungen werden dem eigentlichen Sachverhalt doch wohl nur zum Teil gerecht. Zunächst einmal hatte der ganze publizistische Sturm im Wasserglas zumindest den Vorteil, dass die Besonderheiten der schweizerischen Konkordanzdemokratie wieder einmal in weiteren Volkskreisen überhaupt diskutiert wurden. Wer die ganzen Auseinandersetzungen einigermassen mitverfolgte, dem wurde doch wohl aufs neue klar, dass das Spiel der wechselnden Regierungsmehrheiten nach ausländischem Vorbild nicht in unser föderalistisches System der Machtbrechung zum Schutze der verschiedenen Minderheiten passt. Und es wurde ihm auch bewusst, dass der pragmatische Stil sachbezogener eidgenössischer Politik nicht ohne weiteres in das Prokrustesbett rein parlamentarischer Regierungsprogrammatik hineingezwängt werden kann.

Auf der andern Seite wird man auch nicht einfach zur gewohnten Tagesordnung übergehen können. Die Sozialdemokraten haben insofern ein neues Stilelement ins Spiel gebracht, als sie den Wahlkampf im Grunde erst *nach* den Wahlen begannen. Sie lancierten in der Diskussion um die Legislaturziele Programmpunkte von prononciert sozialistischem Zuschnitt, die vor den Wahlen kaum zur Geltung gekommen waren. Und wenn sie letzten Endes auch wieder einiges zurückstecken dürften, so bleibt doch die Tatsache unübersehbar, dass sie einen Anlauf zu verstärkter Konfrontation unternommen haben, der nicht einfach im innenpolitischen Niemandsland versanden kann. Es sind Jalons gesteckt und auf der Linken auch Erwartungen geweckt worden, die der Innenpolitik der nächsten Jahre so oder so neue Perspektiven geben werden. Denn weder die Wähler der Sozialdemokraten noch der bürgerlichen Lager werden das ideologische Zwischenspiel einfach vergessen können und wollen. Der Spannungsbereich der Innenpolitik wird zwangsläufig breiter werden – und dies nicht unbedingt zum Schaden eines öffentlichen Klimas, das in den letzten Jahren zumindest für die jüngere Generation nicht gerade von Attraktivität gesprüht hat.

Richard Reich